

## **Protokoll der Sitzung des Quartiersrats am 25. Januar 2023 im Nachbarschaftszentrum Steinmetzstraße**

### **Anwesende:**

Jutta Werdes, Andreas Beckmann, Brigitte Schwär-Sondermann, Conny Voester, Regine Wosnitza, Claudia Kurtz, Nada Bretfeld (Stadtteilkoordination), Claudia Baier, Oliver Bradley, Marion Müller-Uhrig, Güllu Nas, Zehra Kübel, Hilal Nas, Matthias Bauer (bis TOP 3), Rudolf O. Kollatz, Alfons Schröder, Judith Bernhardt, Ingrid Gärtner, Jana Donath

### **Tagesordnung:**

- 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit / Neue Anwesende und Anträge auf Mitgliedschaft**
- 2. Bestätigung der Tagesordnung und Protokoll letzte Sitzung (7.12.2023)**
- 3. Thema: Stand der Umsetzung und des Protests gegen die „Urbane Mitte“**
- 4. Aktuelles aus dem Kiez**
  - a. Aktuelle Anliegen**
  - b. Neues aus Nutzerbeirat Gleisdreieck, BVV, Stadtentwicklungsausschuss, Spendenfonds, Kiezpalaver etc.**
- 5. Neues von der Stadtteilkoordination**
- 6. Verschiedenes / Termine**

**Moderation:** Andreas Beckmann

**Protokoll:** Claudia Kurtz

### **Zu 1. Begrüßung/ Beschlussfähigkeit**

Andreas begrüßt die Anwesenden. Jutta und Matthias nehmen per Video an der Sitzung teil. Die Beschlussfähigkeit ist nicht erforderlich.

### **Zu 2. Tagesordnung / Protokoll letzte Sitzung**

Tagesordnung und Protokoll werden bestätigt.

### **Zu 3. „Urbane Mitte“**

Matthias berichtet über das Bauprojekt „Urbane Mitte“. In einem Streifen zwischen dem U-Bahnhof Gleisdreieck und dem Gleisdreieckpark (Westpark) sind sieben Hochhäuser mit bis zu 90 m Höhe für Büro- und kommerzielle Nutzungen geplant. Wohnungen sind nicht vorgesehen. Auf der langen und schmalen Baufläche – an der schmalsten Stelle ist sie nur 40 bis 50 m breit – mischen bzw. überlagern sich sieben Hochhäuser mit drei U-Bahnlinien, einer S-Bahnlinie und zwei Bahnhöfen. Die beiden höchsten Gebäude sollen unmittelbar an der Ostgrenze zum Westpark in einem nur 60 m breiten Bereich errichtet werden. Vorgesehen sind zweigeschossige Sockelbauten, durch die im nördlichen Bereich die Strecke der geplanten S 21 verläuft.

Die geplante Bebauung basiert auf dem „Städtebaulichen Rahmenvertrag Gleisdreieck“, der im Jahr 2005 zwischen der ehemaligen Eisenbahnimmobiliengesellschaft Vivico, dem Land Berlin und dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg abgeschlossen wurde. Darin wurde geregelt, eine knapp 60 Hektar große, nicht mehr benötigte Bahnfläche in einen Park umzuwandeln und die Vivico dafür nicht erschlossene Gebiete, darunter die „Urbane Mitte“ zur Bebauung erhält. Der Gleisdreieckpark wurde als Ausgleichsfläche für die Bebauung am Potsdamer Platz und Leipziger Platz angelegt.

Mit der Umsetzung der Planung sind zahlreiche negative ökologische und soziale Auswirkungen verbunden, u.a. 100% Bodenversiegelung, Entwertung des Westparks (Aufenthaltsqualität), Verschattung, Gefährdung des Landwehrkanals durch Regenwasserüberlauf, Blockierung der Frischluftschneise, erhöhte Windgeschwindigkeit, Änderung des Mikroklimas, erhöhtes Verkehrsaufkommen. Angesichts der geänderten Bedingungen – eklatanter Mangel an preiswertem Wohnraum, Überangebot von Büroraum, Klimawandel – stellt sich das Bauvorhaben als nicht mehr zeitgemäß dar. Hinzu kommt, dass gegenüber der ursprünglichen Planung die Bruttogeschossfläche um ein Fünftel gewachsen ist.

2016 wurde das Bebauungsplanverfahren begonnen. Aufgrund der komplizierten Planung im Zusammenhang mit der S-Bahntrasse im nördlichen Bereich wurde das Verfahren in zwei Bebauungspläne geteilt. Der B-Plan „Urbane Mitte Süd“ lag bereits mehrfach, zuletzt im Januar/Februar 2021 öffentlich aus, wurde aber aufgrund der Einwände lokaler Initiativen noch nicht beschlossen. Im Koalitionsvertrag des Senats wurde eine Prüfung des städtebaulichen Vertrages hinsichtlich seiner Komptabilität mit den aktuellen (klimapolitischen) Erfordernissen vereinbart, um zu ermitteln, ob eine Anpassung von Art und Maß der Bebauung erforderlich ist. Die Prüfung durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kam zu dem

Ergebnis, dass keine Änderung der Bebauungsplanung notwendig sei. Aufgrund der hohen Lärmbelastung durch den Bahnverkehr eigne sich der Standort weder zum Wohnen noch als grüne Aufenthaltsfläche. Von großer Bedeutung dürften auch die von der Investorin entsprechend des städtebaulichen Vertrages geforderten hohen Entschädigungszahlungen im Falle nicht erteilter bzw. reduzierter Baurechte sein.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg steht dem Bauvorhaben mehrheitlich kritisch bis ablehnend gegenüber. Am 12. Januar 2023 hat der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen der BVV Friedrichshain-Kreuzberg den Prüfbericht der Senatsverwaltung diskutiert und einstimmig die Einrichtung eines Runden Tisches beschlossen. Am Runden Tisch können zivilgesellschaftliche Initiativen teilnehmen. Auch für den QR besteht diese Möglichkeit.

Die Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e.V. will den Bebauungsplan durch einen Rechtsanwalt prüfen lassen. Sie erwägt mit dem Naturschutzverband NaturFreunde Berlin e.V. eine Klage gegen den Bebauungsplan einzureichen, sollte dieser rechtskräftig werden. Seit Juli 2022 läuft hierfür eine Spendenaktion. Es gibt folgende Möglichkeiten zu spenden:

Das Spendenformular auf <https://www.naturfreunde-berlin.de/spenden> Spendenzweck „Gleisdreieck“ angeben.

Direkt an die NaturFreunde Berlin e.V. über IBAN: DE38 1002 0500 0003 2157 02 BIC: BFSWDE33BER Spendenzweck „Gleisdreieck“

Betterplace <https://www.betterplace.org/de/projects/111038-keine-hochhaeuser-im-berliner-gleisdreieck>

Spenden sind auch über die neue Internetseite [www.gleisdreieck-retten.de](http://www.gleisdreieck-retten.de) möglich.

#### **Zu 4. Aktuelles aus dem Kiez**

##### **a. Aktuelle Anliegen**

##### **Bülowstraße 94**

Drei Bewohnerinnen – Ingrid Gärtner, Judith Bernhardt, Jana Donath – berichten über die unerträglichen Zustände im Gebäude. Seit Mai 2022 befindet sich dort kein 24-Stunden-Sicherheitservice mehr. Ein angeblich eingesetzter Vier-Stunden-Service werde nicht wirksam. Obdachlose übernachten in den Treppenhäusern, lassen Klamotten und Dreck liegen, werden aggressiv. „In den Treppenhäusern ist ein Gestank wie auf einer schlecht geführten Toilette“. Täglich werden dort Spritzen gefunden. Der Boden ist verklebt. Rollstuhlfahrer\*innen und Menschen mit Rollatoren nehmen den Dreck mit in ihre Wohnungen. Täglich müsse die Polizei gerufen werden. Das Gesundheitsamt reagiere nicht.

Einen 24-Stunden-Sicherheitsdienst knüpft die Gewobag an eine Kostenbeteiligung der Mieter\*innen. Für eine 43 m<sup>2</sup> große Wohnung bedeuten dies 100 Euro monatliche Mehrkosten. Die Bewohner\*innen fordern einen 24-Stunden-Service ohne Erhöhung der Betriebskosten. Sie bitten den QR um Unterstützung.

Als mögliche Maßnahmen werden im QR folgende Vorschläge genannt: Mietminderung, Runder Tisch, Beitrag in RBB-Abendschau, Artikel auf der Website. Bei einer Mietminderung ist zu bedenken, dass für einen Großteil der Mieter\*innen die Wohnkosten vom Amt übernommen werden. Erschwerend hinzu kommt, dass etwa Dreiviertel der 200 Mietparteien

nicht deutschsprachig sind, die notwendigen Informationen nicht verstehen und deshalb im Papierkorb landen könnten. Regine schlägt ein Treffen mit dem Betreuer vor, um die Möglichkeiten zu erörtern. Notwendig ist es, den Berliner Mieterverein einzubeziehen und auf die gesundheitsgefährdeten Zustände im Haus hinzuweisen.

Die drei Bewohnerinnen sehen es als sehr wichtig an, die Öffentlichkeit über die Situation in ihrem Wohnhaus zu informieren. Es wird angeregt, entsprechende Artikel auf die Website zu stellen. Weiterhin wird vorgeschlagen, einen Beitrag in der RBB-Abendschau (Ulli Zelle „Mein Thema“) unterzubringen.

Regine, Jutta und Ingrid verständigen sich über die kommenden Aktivitäten.

### **Potse/Drugstore**

In dem TAZ-Artikel vom 17. Januar 2023 wird die Situation der beiden selbstverwalteten Jugendzentren beschrieben. Darin heißt es, der Bezirk gehe davon aus, dass eine Übergabe der Räume in der Potsdamer Straße 134 an Drugstore Ende Februar möglich sei (s. <https://taz.de/Neue-Domizile-fuer-legendaere-Jugendclubs!/5908283/>). Im QR bestehen Zweifel, ob dies bis dahin möglich sein wird. Es ist zu beobachten, wie die Bauarbeiten fortschreiten.

### **Mieter\*innenversammlung Bülowstraße Ost**

Die Mieter\*innenversammlung findet am 10. Februar 2023 um 18 Uhr in der Neumark-Grundschule statt. Es werden drei Themenkomplexe behandelt:

- Kommunikation und Transparenz der Gewobag mit Mieter\*innen
- Hohe und nicht nachvollziehbare Heizkostenabrechnungen
- Schwaches Engagement beim Energiesparen

Die Einladung erfolgt durch den QR und die Mieter\*inneninitiative Bülow Ost. An der Planung der Veranstaltung war zunächst auch der Mieterbeirat beteiligt. Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten im Beirat nehmen er wie auch die Gewobag nun nicht mehr an der Versammlung teil. Unterstützt wird die Mieterinitiative durch den QR und den Berliner Mieterverein. Ziel der Versammlung ist es auf Politiker\*innen hinzuwirken, konstruktive Gespräche zu führen und Lösungen zu finden. Eine weitere Mieter\*innenversammlung soll mit der Gewobag durchgeführt werden. Kevin Kühnert hat seine Teilnahme am 10. Februar angekündigt. Am 20. Februar soll ein Gespräch mit der Gewobag stattfinden.

Güllü weist daraufhin, dass der Veranstaltungsort nicht barrierefrei erreichbar ist. Die Aula der Neumark-Grundschule befindet sich im 3. Stock. Ein Fahrstuhl ist nicht vorhanden. Eine alternative Nutzung der Turnhalle ist nicht möglich, da diese belegt ist. Auch eine Verlegung an einen anderen Ort ist nicht mehr möglich, da bereits 2.000 Einladungen verteilt worden sind.

### **TARSAP-Häuser**

In dem Wohngebäude Kulmer Straße/Alvenslebenstraße wurden vor längerer Zeit Aufzüge ausgebaut, die noch nicht wieder eingebaut worden sind. Grund für den Ausbau ist laut Investor der ökologische Dachausbau. Der fehlende Fahrstuhl ist insbesondere für

Mobilitätseingeschränkte ein großes Problem. Eine Rollstuhlfahrerin kann das Gebäude nicht verlassen. Am 24. Januar 2023 fand eine Begehung der Fraktionen im Hause statt. Der QR hat mit Frau Schüttler ein Treffen am 15. Februar vereinbart.

### **Großgörschenstraße/Katzlerstraße**

Das Land Berlin ist nach einem BGH-Urteil vom November 2022 endgültig damit gescheitert, das Vorkaufsrecht für bundeseigene Wohnhäuser im Milieuschutzgebiet an der Ecke Großgörschenstraße/Katzlerstraße auszuüben. Der Bezirk hatte hier 2015 sein Vorkaufrecht ausgeübt, wogegen die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) klagte. Nach langem Rechtsstreit zwischen zwei öffentlichen (!) Instanzen sind die Häuser in Privatbesitz mit erwartbaren negativen Folgen für die Bewohner\*innen. Betroffen ist auch das Integrationszentrum „Harmonie“, gegen das eine Räumungsklage vorliegt.

### **Telekom Serveranlage, Winterfeldtstraße**

Oliver ist als Anwohner der Pallasstraße betroffen von den Lärm- und Infraschallbelastungen der Serveranlage (vgl. Protokoll vom 7.12.22). Er hält die bisherigen technischen Überprüfungen durch das Bezirksamt für nicht aussagekräftig, da sie angekündigt gewesen seien und die Geräte durch die Telekom in diesem Zeitraum ausgeschaltet worden wären. Mitte/Ende Februar ist eine weitere Messung vorgesehen. Er plädiert dafür nach der Messung die Medien und den Bürgermeister über die Situation zu informieren.

## **b. Gremien**

### **Nutzerbeirat Gleisdreieck**

Die Ausstellung zur Bebauung „Urbane Mitte“ im Gleisdreieckpark ist erneuert worden. Drei Tafeln informieren die Parkbesucher\*innen kritisch über das Vorhaben. Der Bezirk Kreuzberg hat sein Einverständnis gegeben. Der Nutzerbeirat wird gebeten, sich zu äußern. Die Befragung der Parkbesucher\*innen war erfolgreich. Ihre Ergebnisse werden bald vorgestellt.

### **Kiezpalaver**

Die Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ ist laut Zwischenbericht der Expert\*innenkommission rechtlich möglich und kostenneutral realisierbar.

Auf der Website [www.dwenteignen.de](http://www.dwenteignen.de) ist dargelegt, welche wählbaren Politiker\*innen des Abgeordnetenhauses die Umsetzung des Volksentscheids unterstützen und welche nicht.

Im Internet ist ein Wahl-O-Mat eingerichtet ([www.wahl-o-mat.de](http://www.wahl-o-mat.de)).

### **Fuß-Rat**

Der Fuß-Rat Tempelhof-Schöneberg trifft sich am 1. Februar 2023 im Rathaus Schöneberg (Goldener Saal). Er existiert seit September 2022 als beratendes Gremium unter Leitung der Verkehrsstadträtin. Mitglieder sind u.a. Vertreter\*innen des Fachbereichs Straßen, der Senatsverwaltung, Polizei, BVG, BUND, Changing Cities, FUSS e.v, VCD, dem Beirat von und für Menschen mit Behinderung, der Seniorenvertretung, dem Kinder- und Jugendparlament

sowie der BVV-Fraktionen. Hauptthema der Sitzung ist der Fußverkehrsplan des Landes Berlin (FVV), der derzeit durch ein Planungsbüro erarbeitet wird. Die Sitzung ist öffentlich.

#### **Zu 5. Stadtteilkoordination**

- Am 28. Februar 2023 verlässt die Wohnungsnotfallhilfe Schöneberg (SozDia) ihren Standort in der Potsdamer Straße (Auslaufen des Mietvertrages) und zieht an einen bereits bestehenden SozDia-Standort in Treptow.
- Die *AG Urban* plant ab Mitte Februar eine Sprechstunde im Stadtteilbüro (1. Und 3. Dienstag im Monat, jeweils 15 bis 17 Uhr).
- Vorschlag: Frau Dr. *Biewener* (Bezirksreferentin für Sexarbeit) zu den Themen Sexarbeit und Obdachlosigkeit in den QR am 1. März einladen und einen gemeinsamen Spaziergang mit dem QR organisieren.
- *Campus der Generationen*: Für Anfang März ist eine Veranstaltung mit Frau Schöttler geplant. Der Termin wird noch bekanntgeben.
- Der nächste *Präventionsrat* tagt voraussichtlich im April nach den Osterferien.
- Der *Bürgerdialog Kurfürstenstraße* findet am 18. April 2023 von 17 bis 19 Uhr statt.
- Das *Nachbarschaftsfest* am Rathaus Schöneberg findet am 10. Juni 2023 statt. Anmeldefrist ist der 15. April.
- Der *Tag der offenen Tür der Stadtteilkoordination* und das *Bildungsfest* finden am 16. Juni 2023 von 14 bis 19 Uhr statt.

#### **Zu 6. Verschiedenes/Termine**

- **Sommerstraßen**: Die nördliche Steinmetzstraße und die Blumenthalstraße werden in diesem Jahr als sog. Sommerstraßen eingerichtet und für mehrere Monate für den Autoverkehr gesperrt.
- **Ferienprogramm der Stadtteilmütter**: Gülü informiert über das Winterferienprogramm, das die Stadtteilmütter in Kooperation mit Outreach durchführt. Vom 31. Januar bis 3. Februar werden diverse Aktivitäten an unterschiedlichen Orten angeboten (Bowling, Bilderbuchkino, Playstation-Turnier, Besuche des Technik-Museums und des Aquariums).
- Hilal sucht seit zwei Jahren nach neuen **Räumlichkeiten** für die **Anadolu-Gemeinde**. Trotz intensiver Bemühungen ist die Suche bisher erfolglos verlaufen. Sie bemängelt die fehlende Unterstützung.

Die QR schlägt als möglichen Ansprechpartner die Türkisch-Deutsche Unternehmensvereinigung e.V. (TDU) vor. Zudem besteht die Möglichkeit, die Sprechstunde der Gewobag (Servicebüro Goebenstraße 19, montags 9 bis 12 Uhr) zu nutzen.

- Die **nächste Sitzung** des Quartiersrats findet am 1. März 2023 statt. Der Stammtisch trifft sich am 22. Februar im Belmondo.